Heft 7/8-2018 | EUR 7,00 | C 12232 E

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

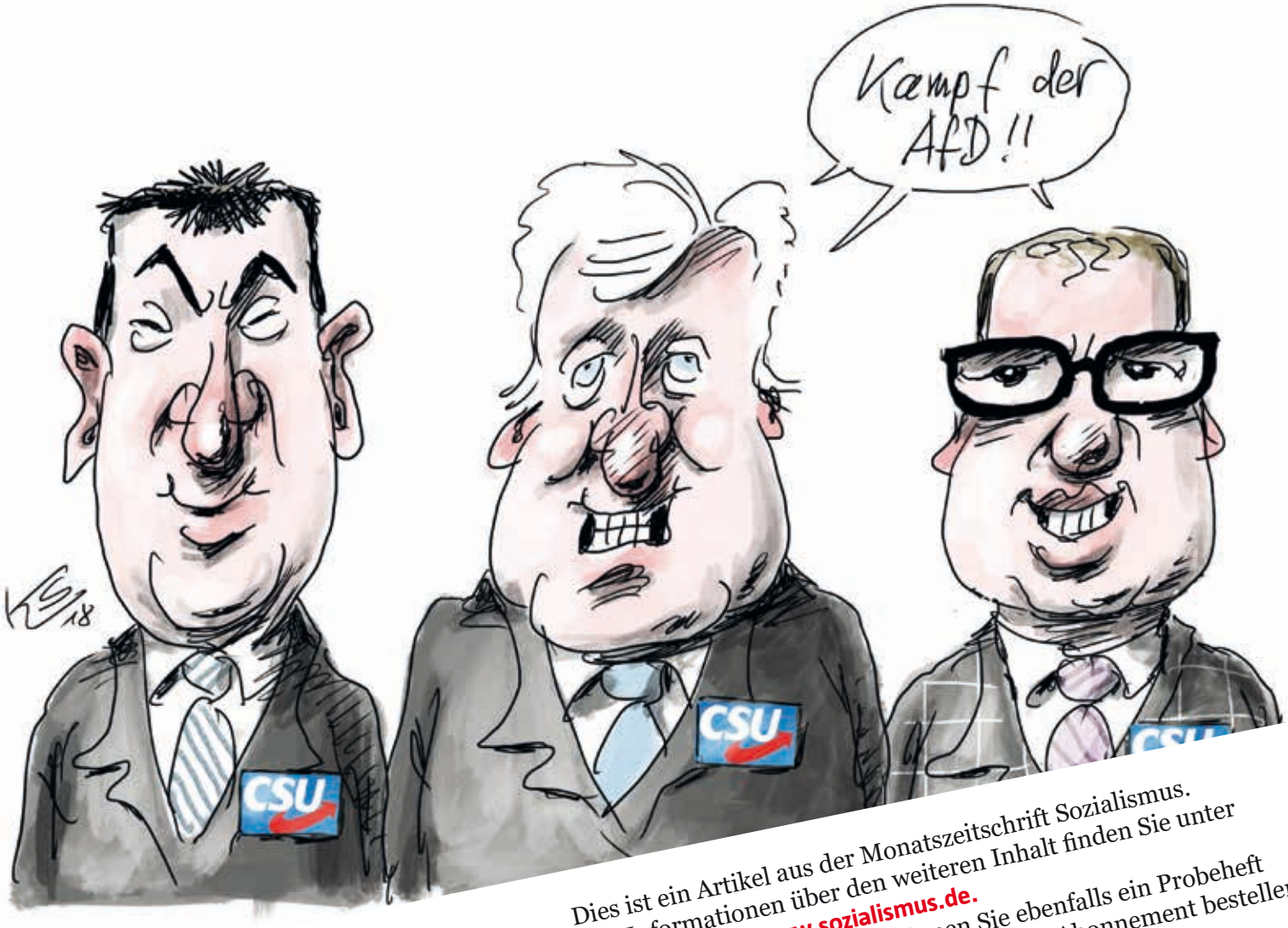
Michael Schwemmle: Digitalisierung der Arbeit

C. Ehlscheid/D. Neumann: Neue Rentenkommission

Forum Gewerkschaften

Mit Beiträgen u.a. von

Klaus Dörre, John P. Neelsen, John McDonnell, Hinrich Kuhls, Benedikt Behrens, Johannes Schulten, Bernhard Sander, Joachim Bischoff, Bernhard Müller



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf

www.sozialismus.de

Weiche Landung?

Mit dem Abschluss der jüngsten Verhandlungsrunde endet das dritte Hilfsprogramm am 20. August. Griechenland erhält einen Sicherheitspuffer für die Refinanzierung über die Finanzmärkte, muss weitere Troika-Kontrollen akzeptieren. ...

Trump eröffnet Trade war

Die USA verhängen Zölle gegen wichtige Handelspartner wie Kanada, Mexiko, China und die EU. Die betroffenen Länder reagieren und greifen zu ihrerseits Vergeltungsmaßnahmen. Worin wird der Trade war münden? ...

»Frische hohe Stufe der sich entfaltenden Revolution«

Die Bilder vom Handschlag zwischen Donald Trump und Kim Jong-un sind in die Geschichte eingegangen. Das Treffen in Singapur zeugt vor allem vom Wandel in Nordkorea, der von einer wirtschaftlichen Öffnung begleitet ist. Folgt nun Pjöngjang auf dem chinesischen Pfad Richtung eines »modernen Staatskapitalismus«? ...

Heft Nr. 7-8 | Juli/August 2018 | 45. Jahrgang | Heft Nr. 431

Multipolare Weltordnung?

John P. Neelsen: Sackgasse neoliberale Globalisierung. Zwischen Krise und Krieg: Determinanten der Geopolitik in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts .. 2

Friedrich Steinfeld: Joschka Fischer, der Abstieg des Westens und der Aufstieg des Rechtspopulismus 10

Wolfgang Müller: Die Unterklasse der sozialistischen Marktwirtschaft Chinas Arbeitsmigranten 13

Benedikt Behrens: Mexiko – das endgültige Ende der »Institutionalisierten Reform«? 19

»Steh auf, Europa«

Bernhard Sander: Macron – Präsident der Reichen »für ein Europa, das die Europäer schützt« 22

Joachim Bischoff: Italien – populistischer Aufbruch oder Comeback der Euro-Schuldenkrise? 29

John McDonnell: Gemeinsam regieren. Transformative Politik und kollektives Wissen – Labours Vision einer alternativen Ökonomie 36

Hinrich Kuhls: Churchills Vermächtnis und Corbyns Erbe 39

Johannes Schulten: Der Kandidat – wie ein Labour-Hinterbänkler zur linken Hoffnung Europas wurde (zu Alex Nunns, The Candidate) 42

68,5 Millionen Menschen auf der Flucht

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Politischer Sprengsatz: Masterplan Migration 44

Forum Gewerkschaften

Michael Schwemmle: Alles unter Kontrolle? Digitalisierung der Arbeit als Machtverschiebung 52

Otto König/Richard Detje: Gerechtigkeitsfrage Nr. 1 Tarifbindung – Abwärtstrend stoppen 58

Christoph Ehlscheid/Dirk Neumann: Rentenkommission – zwischen Abbau und solidarischem Neuaufbau 61

Sozial-ökologischer Gesellschaftskonflikt

Klaus Dörre: Imperiale Lebensweise – eine hoffentlich konstruktive Kritik Teil 2: Uneingelöste Ansprüche und theoretische Schwierigkeiten 65

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 71

Veranstaltungen & Tipps 72

Marion Fisch: In den Gängen (Filmkritik) 73

Italien: Populistischer Aufbruch oder Comeback der Euro-Schuldenkrise?

von ■ Joachim Bischoff

Wirtschaftsminister Di Maio, Premier Giuseppe Conte (2.v.r.), Innenminister Salvini, Rom, 5.5.2018 (Foto: dpa)

Italien hat Monate nach den Parlamentswahlen und konfliktreicher Verhandlungen eine neue Regierung. Sie wird getragen von zwei populistischen Bewegungen: der Fünf-Sterne-Bewegung und der weit rechts stehenden Lega. Obwohl die Lega bei den Wahlen nur halb so erfolgreich (17%) war wie M5S (32%), ist sie in der Regierung gleich stark vertreten. Allerdings hat die Lega laut Umfragen wegen ihrer harten Flüchtlingspolitik in den letzten Wochen auf etwa 30% zugelegt.

Ein erster Kabinettsvorschlag dieser Allianz stieß auf den Widerstand des italienischen Staatspräsidenten Sergio Matarella. Lega und Cinque Stelle wollten den 81 Jahre alten Ex-Industrieminister und Ökonomen Paolo Savona zum Wirtschafts- und Finanzminister machen. Savona ist ein äußerst euroskeptischer Denker und scharfer Kritiker Deutschlands. In seinen Memoiren beschreibt Savona die Gemeinschaftswährung als einen »deutschen Käfig« und skizziert einen Plan für den Austritt Italiens.

Mattarella wollte diese Berufung nicht akzeptieren und forderte die Koalitionäre zu einem anderen Personalvorschlag auf. Denn der Präsident hatte schon zu Beginn der Regierungsgespräche klargemacht, dass er kein Kabinett dulden wolle, das den Platz Italiens in Europa und der Welt fundamental infrage stelle. Der Staatspräsident wurde von den Populisten scharf attackiert. Sie sehen Mattarella als Symbol des verhassten Establishments, denn er sei von der abgewählten Parlamentsmehrheit berufen worden. Insofern sei er das letzte Bollwerk der Zweiten Republik und der »alten« Politik. Er stehe der »neuen« Politik und der schon ausgerufenen Dritten Republik im Weg und verhindere die Umsetzung des in den Wahlen manifestierten Volkswillens. Dieser Konflikt verdeutlicht: In Italien sehen wir den Zusammenbruch des etablierten Parteiensystems, und das steht am Rande der Zerstörung der 2. Republik.

Die vorangegangenen Regierungen von Monti über Letta und Renzi bis zu Gentiloni haben behauptet, die Systemkrise sei überwunden, und man könne das Licht am Ende des Tunnels sehen. In Wirklichkeit haben sich die wirtschaftlich-sozialen Bedingungen nicht nachhaltig verbessert. Italien befindet sich auf der anhaltenden, verzweifelten Suche nach neuem politischen Personal, deshalb der Umbruch des Parteiensystems, dessen Lebenszyklus immer kürzer wird.

Die Fünf-Sterne-Bewegung wie die Lega sind Antisystemparteien, beide stellen das »Volk« über die »Eliten«. Beide sind euroskeptisch, die Lega noch stärker als die Fünf-Sterne-Bewegung, die in letzter Zeit ihre Anti-EU-Rhetorik gemäßigt hat. Letztere ist eher eine klassenübergreifende Partei, die ihre Unterstützung aus allen gesellschaftlichen Schichten bekommt, al-

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von Sozialismus. Im Mai erschien von ihm zusammen mit Klaus Busch und Hajo Funke bei VSA: »Rechtspopulistische Zerstörung Europas? Wachsende politische Instabilität und die Möglichkeiten einer Kehrtwende«, mit systematischen Länderuntersuchungen zu Italien, Frankreich, den Niederlanden, Österreich und Deutschland.

lerdings mit starkem Schwerpunkt in Süditalien und bei den jüngeren Staatsbürger*innen. Die Lega ist eindeutig eine Partei der modernen Rechten. Ihr Wirtschaftsprogramm ist rechtskonservativ (Steuern und öffentliche Sicherheit), während sie die Rolle des Staates in der Wirtschaft stärken will. Sie ist nicht für einen Abbau des Wohlfahrtsstaats, sondern für die Beschränkung des Zugangs auf italienische Staatsangehörige und den Ausschluss von Ausländer*innen. Die Rhetorik des »Italiener zuerst!« ist ihre zentrale Leitlinie.

Der Widerstand des Präsidenten hatte Erfolg: Savona wurde auf ein weniger bedeutsames Ministerium verschoben. Wirtschaftsminister wurde Professor Giovanni Tria. Er will Italien nicht aus dem Euro führen, allerdings glaubt er nicht, dass der Euro »irreversibel« sei. Wenn es zu einem Ausstieg aus der gemeinsamen Währung käme, dann müsse er gemeinsam beschlossen werden. Wer das allein mache, würde »alle Kosten tragen, ohne einen Nutzen zu haben«, schrieb Tria. Die Personalie Tria beseitigt nicht die europapolitische Ambivalenz der Regierungsparteien, hat aber zur Akzeptanz der politischen Führung beim Präidenten und der EU-Führung geführt.

Der neue italienische Regierungschef, Giuseppe Conte, hat sich in seiner Antrittsrede zu Europa, zum Atlantischen Bündnis und zum Schuldenabbau bekannt. »Europa ist unsere Heimat«, unterstrich Conte. Er bekräftigte zugleich die Anti-Establishment-Haltung der Parteien seiner Regierung. »Wenn Populismus als Neigung zum Anhören der Bedürfnisse der Menschen aufgefasst wird, dann sind wir stolz auf diese Bezeichnung.« Den Befürchtungen einer Lösung Italiens aus dem westlichen Bündnis trat Conte entgegen. Italien stehe zur Nato, sagte er. »Aber Vorsicht, wir sind für eine Öffnung der westlichen Diplomatie gegenüber Russland«, fuhr er fort. Der Ministerpräsident wiederholte auch die alte Forderung von Lega und Cinque Stelle, die westlichen Sanktionen gegen Russland zu überprüfen. Conte zählte im Wesentlichen die Programmpunkte des Koalitionsvertrags auf. Er machte keine Angaben dazu, wie die Regierung die versprochenen Maßnahmen finanzieren will und in welchem Zeitraum sie umgesetzt werden sollen. Man schätzt, dass die Pläne den Haushalt mit 130 Mrd. Euro belasten werden.

Im Vertrag für eine »Regierung der Veränderung« streben die Koalitionäre einen Bruch mit der von den Regularien des europäischen Stabilitätspakts ausgehenden Austeritätspolitik an. Die Regierung hat vor, sich für eine Änderung des EU-Fiskalpakts einzusetzen, »damit Italien seine Souveränität zurückerlangt«. Praktisch läuft dies auf eine expansive Ausgabenpolitik mit einer Erhöhung der Schuldenquote hinaus. Die Koalitionäre fordern nicht mehr die »Überwindung der Defizit-Regeln«, sondern nur noch deren »Anpassung«. Geplant ist ein »verhältnismäßiger und begrenzter Rückgriff auf das Instrument der Neuverschuldung«. Ein Großteil der italienischen Bürger*innen lehnt eine Fortsetzung der neoliberalen Austeritätspolitik ab. Das Argument, über weitere Strukturreformen eine Überwindung der italienischen Krise zu ermöglichen, überzeugt nicht mehr. Die Regierungen haben in den vergangenen Jahren viele »Reformen« durchgesetzt, etwa der Renten und des Arbeitsmarktes, und sie haben keine Beschleunigung des Wachstums und Verbesserung der sozialen Lage für die breite Bevölkerung gebracht.

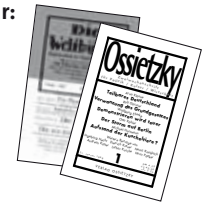
Hauptpunkte des angestrebten Wandels sind:

- Die für 2019 beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer im Volumen von 12,5 Mrd. Euro wird gestrichen. Mit zwei Steuersätzen von 15% und 20% für Privatpersonen und Familien und von 15% für Unternehmen soll das Wirtschaftswachstum angekurbelt werden.
- Auch die 2011 beschlossene Pensionsreform, mit der die damalige Regierung Monti die Frühverrentung eingeschränkt hat, wird zurückgenommen. Die Italiener*innen sollen wieder nach 41 Beitragsjahren in den Ruhestand gehen dürfen und nicht erst im Alter von 67 Jahren. Das soll bis zu 15 Mrd. Euro kosten.
- 780 Euro monatlich für jede bedürftige Person sieht das Modell einer Mindestsicherung (Sozialhilfe, nicht Grundeinkommen) vor. Im Gegenzug müssen die Bezieher*innen dieser Leistung sich verpflichten, an Fortbildungskursen teilzunehmen und Jobangebote anzunehmen.
- Italiens Regierung will einen härteren Kurs in der Flüchtlings- und Migrationsfrage verwirklichen. Neue Abschiebehaftanstalten genauso wie die schnelle Rückführung von 500.000 irregulären Migrant*innen sind angekündigt. Radikale islamische Verbände und Gebetsorte sollen geschlossen werden. Geplant ist ein Register der Imame. Bei der Polizei sind Neuanstellungen geplant. Die italienische Rüstungsindustrie soll gefördert werden.
- Ein zentrales Anliegen der Populisten ist die Senkung der Politik-Kosten: Privilegien der Politiker*innen sollen abgebaut werden (maximale Rente 5.000 Euro).

Informativ, knapp und klar:

Ossietzky

Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998



»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«

Carl von Ossietzky in der Weltbühne *vom 8. Dezember 1931*

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • **www.ossietzky.net**

Konfliktpotenzial mit der EU

Auch wenn ein Austritt aus der Eurozone nicht mehr zu den expliziten Zielsetzungen gehört, ist eine Konfrontation mit den europäischen Regularien implementiert. Das betrifft die Strategie der inneren Abwertung und die Handhabung der Flüchtlingsfrage. Die Fiskalregeln der Euro-Zone sehen bei wachsenden Divergenzen nur einen einzigen Anpassungsmechanismus vor: die innere Abwertung, denn die Währung des Euro blockiert andere Regulierungen. Weist ein Land ein Zahlungsbilanzdefizit auf, so muss es dieses dadurch ausgleichen, dass es eine Deflation gegenüber anderen Mitgliedsländern herbeiführt. Das ist nicht nur schmerzhaft, sondern auch unwirksam. Denn Währungsunionen können nur funktionieren, wenn sie über Mechanismen verfügen, die gewährleisten, dass eine Anpassung bei allen, also symmetrisch, erfolgt. Das heißt: Die Überschussländer müssten ebenfalls ihren Teil der Anpassung übernehmen. Die Strategie der inneren Abwertung hat zum Glaubwürdigkeitsverlust der Politik und der europäischen Institutionen geführt.

Die EU-Kommission betont gegenüber dieser Kritik: Es werde für kein Land Ausnahmen vom Stabilitäts- und Wachstumspakt geben. Die Regeln müssten von allen EU-Ländern eingehalten werden. Die Kommission sei der Hüter der Verträge. Die EU-Kommission gehe davon aus, dass Italien seine Verpflichtungen im Finanzbereich auch in Zukunft erfüllt. Mehr noch: EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger hat die italienische Regierung davor gewarnt, eine neue Euro-Krise auszulösen. Der Rettungsmechanismus ESM könnte eine so große Volkswirtschaft wie Italien kaum stabilisieren. »Daher hoffe ich sehr, dass die Regierungsparteien eine große Lernkurve machen«, sagte Oettinger. Bei einer neuen Eurokrise wäre Italien nicht außen vor, sondern mittendrin. Unverhohlen droht der Schwabe mit der Reaktion der Finanzmärkte: »Meine Sorge ist, und meine Erwartung ist, dass die nächsten Wochen zeigen, dass die Märkte, dass die Staatsanleihen, dass die wirtschaftliche Entwicklung Italiens so einschneidend sein könnte, dass dies für die Wähler doch ein mögliches Signal ist, nicht Populisten von links und rechts zu wählen.« Der Entrüstungssturm über diese Drohung verflog, weil die Märkte nicht die von Oettinger prognostizierte Panik zeigten.

Dublin

In der Flüchtlingspolitik kündigte Regierungschef Conte eine markante Wende an. »Wir werden dem Geschäft mit der Einwanderung, das sich unter dem Mantel einer vorgetäuschten Solidarität ausgebreitet hat, ein Ende machen«, sagte er. Man sei nicht rassistisch, aber Italien dürfe nicht allein gelassen werden. Innenminister Salvini (Lega) will Ankünfte von Migrant*innen in Italien weiter reduzieren. Daher hat er die Schließung der italienischen Häfen gegenüber Rettungsschiffen verfügt. Flüchtlingsretter seien nicht mehr willkommen im Land. »Wir sind die Herren in unserem eigenen Haus.« Die guten Zeiten für die Flüchtlingsorganisationen seien nun wirklich vorbei, twitterte der Chef der fremdenfeindlichen Regierungspartei Lega.

Die Italiener*innen sind es leid, mit dem Migrationsdruck aus Afrika allein gelassen zu werden, und fordern mehr Solidarität der EU-Staaten bei der Verteilung von Asylbewerber*innen. Priorität hat für sie die Schaffung eines neuen Asylsystems. Italien verlangt eine Revision der europäischen Dublin-Regeln. Sie legen fest, dass ein Asylverfahren zwingend in dem Land stattfinden muss, in dem der Ankömmling zuerst europäischen Boden betreten hat. Den Verdruss der Italiener*innen schürt zudem die Weigerung vieler Länder, am Verteilungs- und Umsiedlungsprogramm der EU teilzunehmen. Salvinis Politik findet Zustimmung: Einer von der Zeitung »Corriere della Sera« veröffentlichten Umfrage zufolge unterstützen 59% seinen Kurs.

Tab. 1: Wirtschaftliche Eckdaten Italiens

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Reales BIP-Wachstum[1]	0,1	1,0	0,9	1,5	1,5	1,2
Inflation[2]	0,2	0,1	-0,1	1,3	1,2	1,4
Haushaltssaldo[3]	-3,0	-2,6	-2,5	-2,3	-1,7	-1,7
Staatsverschuldung[3]	131,8	131,5	132,0	131,8	130,7	129,7
Struktureller Saldo[3]	-0,8	-0,6	-1,4	-1,7	-1,7	-2,0
Leistungsbilanzsaldo[3]	1,9	1,5	2,5	2,8	2,6	2,6
Arbeitslosenquote	12,7	11,9	11,7	11,2	10,8	10,6

[1] in % gg. Vorjahr; [2] jahresdurchschnittlich in %; [3] in % des BIP
Quelle: KOM-Frühjahrsprognose, Mai 2018

Aufbruch aus der Krise?

In den letzten Jahren lief es besser für die italienische Ökonomie (siehe Tab. 1). Seit die leichte Erholung Anfang 2015 einsetzte, wurden unter dem Strich etwa eine Million neuer Jobs geschaffen, und die Zahl der Beschäftigten hat mit 23,7 Mio. den höchsten Stand seit 40 Jahren erreicht. Allerdings liegt die wirtschaftliche Leistung immer noch unter Vorkrisenniveau. 2017 wurde ein Wachstum von 1,5% erzielt. Italien blieb damit rd. 1% hinter dem Wachstum der Eurozone zurück. Laut Frühjahrsprognose der EU-Kommission dürfte der signifikante Abstand im Expansionstempo gegenüber dem Rest der Eurozone fortbestehen bleiben: Das italienische Pro-Kopf-BIP liegt etwa 8% unterhalb des Niveaus von 2007, dem Jahr vor der weltweiten Finanzkrise, die die Große Rezession auslöste. Und die Vorhersagen des Internationalen Währungsfonds bis 2023 lassen erwarten, dass sich Italien selbst dann noch nicht von den kumulierten Leistungseinbußen des letzten Jahrzehnts erholt haben wird.

Italien ist die drittgrößte Volkswirtschaft des Euroraums nach Deutschland und Frankreich und besitzt nach Deutschland den zweitgrößten Industriesektor im Euroraum. Seit der großen Finanz-und Wirtschaftskrise ist die Ökonomie lange Zeit nicht aus dem Modus der Stagnation herausgekommen. Die Entwicklung ist bis zum Jahre 2009 – dem Einbruch nach dem Ausbruch der Finanzkrise – nahezu parallel gelaufen (siehe Abb. 1). Mit anderen Worten: Das reale Wirtschaftswachstum Deutschlands und Italiens war von 1991 bis 2008 nahezu identisch.

Dabei bestehen ausgeprägte Verflechtungen mit Deutschland. Italien konnte sein Defizit 2012 nachhaltig unter 3% des BIP senken und befindet sich damit seit 2013 im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP). Für 2018 wird ein Rückgang des Haushaltsdefizits auf 1,7% des BIP erwartet. Der Rückgang ist vor allem konjunkturell begründet, das strukturelle Defizit steigt tendenziell an. Der Schuldenstand liegt aktuell bei

rd. 132% des BIP, für die nächsten Jahre prognostiziert die Kommission lediglich einen langsamen Rückgang der Verschuldung.

Ein chronischer Krisenherd ist der Bankenbereich (siehe Abb. 2). Ende 2016 war noch ein Bruttobestand an notleidenden Darlehen (Non Performing Loans, NPL) von rd. 250 Mrd. Euro zu verzeichnen. Dieser hat sich bis Ende 2017 auf rd. 187 Mrd. Euro reduziert. Dies entspricht einem NPL-Anteil an den gesamten Krediten von 11,1%. Dieser Wert ist im europäischen Vergleich weiterhin deutlich erhöht (EU: NPL-Rate Ende 2017 von 4,0 %).

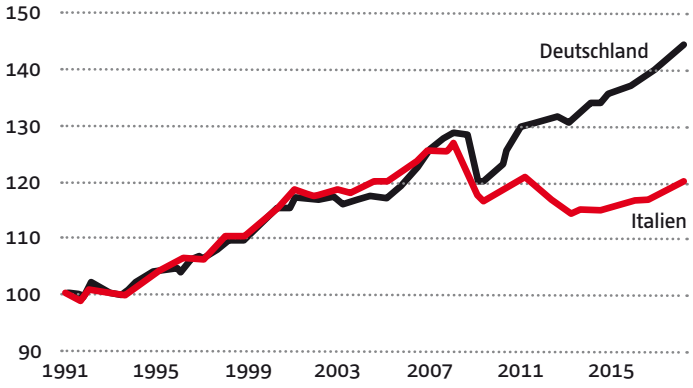
Zur Steigerung der Wachstumskräfte und zur Sanierung der öffentlichen Haushalte hat der Rat »Wirtschaft und Finanzen« (ECOFIN) Italien 2017 im Rahmen der länderspezifischen Empfehlungen u.a. empfohlen, substanzielle Konsolidierungsanstrengungen zu unternehmen, den Abbau der gesamtstaatlichen Schuldenquote voranzutreiben, die zivilrechtlichen Verfahren zu verkürzen, den Abbau des Bestands an notleidenden Krediten zu beschleunigen, den Rechtsrahmen für Insolvenzen und Sicherheitenverwertung umfassend zu überarbeiten und wirksame aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sicherzustellen. In der EU-Bewertung wird zugestanden, dass die italienische Ökonomie einige Fortschritte gemacht habe, betont aber die Unverzichtbarkeit weiterer Strukturreformen: insbesondere beim hohen Bestand notleidender Kredite, der hohen Arbeitslosigkeit, dem gesamtstaatlichen Schuldenstand und der weiterhin schwachen Produktivitätsentwicklung.

In einer Zeit, in der die Produktivitätsentwicklung in der industriellen Welt generell – auch in den Vereinigten Staaten und in Deutschland – schwach verläuft (siehe Abb. 3 und 4), unterschreitet Italien den Durchschnitt der Industrienationen noch weit. Grund der italienischen Wirtschaftsschwäche ist eine schwache Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Neben der Schwäche mit der Kreditversorgung (chronische Krise des Bankensystems) sind dafür die ineffiziente öffentliche Verwaltung und eine Unbeweglichkeit der Unternehmensführungen verantwortlich. In der Kombination führte dies zu einer Schwäche in der Modernisierung des Kapitalstocks, d.h. in der Anwendung und Verbreitung moderner Technologien und Produktionsstrukturen.

Das Beschäftigungsniveau ist zwar immer noch niedrig, wenn man es mit anderen großen Wirtschaftsnationen vergleicht. Aber der Fortschritt kommt zu einem großen Teil durch mehr Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt zustande, wo historisch gesehen Italiens Schwachpunkt lag. Der Fortschritt am Arbeitsmarkt spiegelt überwiegend Erfolge in jenen Sektoren der Industrie wider, die am intensivsten im internationalen Wettbewerb stehen. Im vergangenen Jahr erreichten die Exporte einen Wert von 448 Mrd. Euro und damit ein Plus von 7%. Italien schlug Frankreich bei den Exporten, die die EU verlassen, berechnet nach dem Gesamtwert dieser Ausfuhren. Und es schlug sogar Deutschland bei der Wachstumsrate dieser Exporte, so berichtet es das Europäische Statistikamt Eurostat. In den ersten Monaten des laufenden Jahres hat sich dieser Trend bestätigt.

Die italienische Wirtschaft zeigt in letzter Zeit deutliche Zeichen einer größeren Finanzstabilität. So steckte Italien vor der großen Rezession beim Nettoauslandsvermögen, das alle Vermögenswerte Italiens im Ausland abzüglich der dortigen Schulden umfasst, noch tief im Minus – heute ist die Position

Abb. 1: Reales Bruttoinlandsprodukt
Indexiert auf 100 im Jahr 1991



Quelle: Destatis, Istat

Abb. 2: Italiens notleidende Kredite
in % außenstehender Darlehen

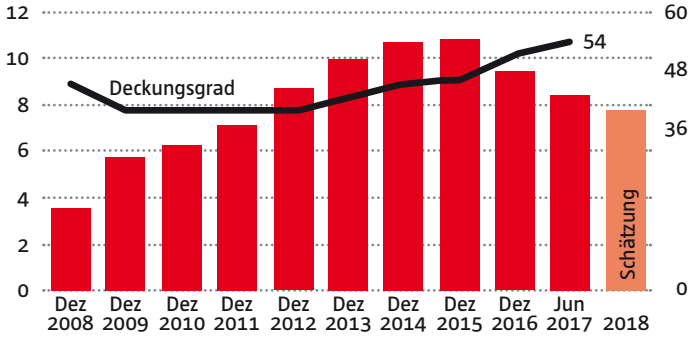


Abb. 3: Produktivitätsentwicklung
2010 = 100

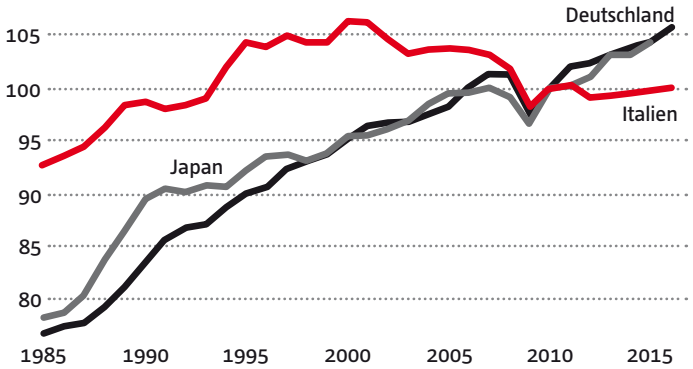


Abb. 4: Veränderung im Produktivitätsniveau 2007-2016
in %

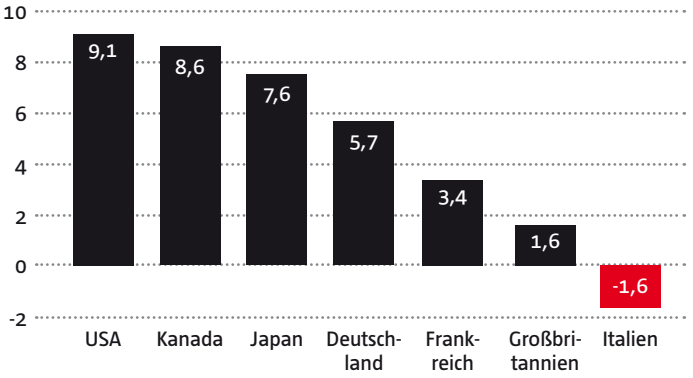
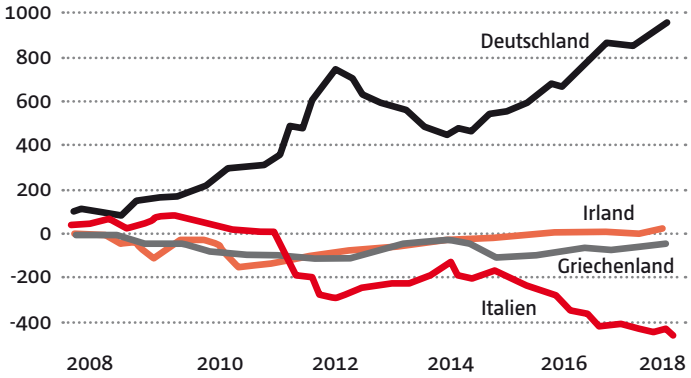
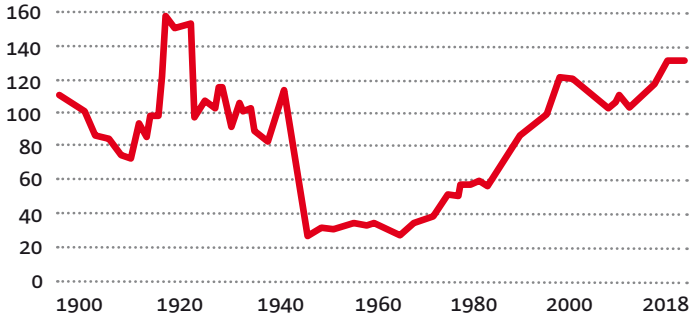


Abb. 5: Entwicklung der Target-Salden
in Milliarden Euro



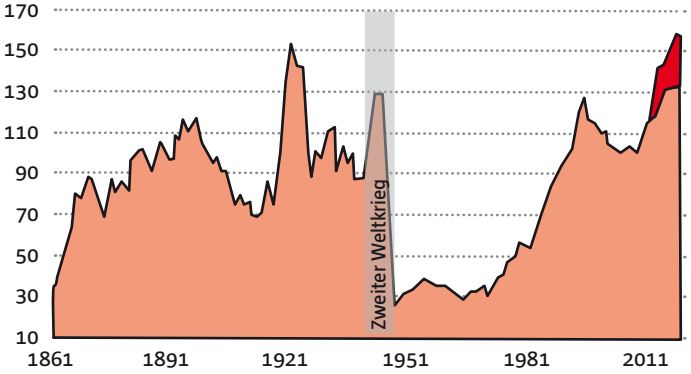
Quelle: EZB; Bundesbank; Banca d'Italia; Euro Crisis Monitor/FAZ

Abb. 6: Italienische Schuldenquote
in % der Wirtschaftsleistung



Quelle: Bloomberg, WELT (Stand: 30.5.2018)

Abb. 7: Italiens Staatsschulden und Target2-Salden
in % des BIP



Dunkelrote Fläche: Target2-Salden entsprechen etwa 26% des BIP vom März 2018
Quelle: Bank of Italy, EZB, IWF

annähernd ausgeglichen. Das heißt, Italien hat eine fast ausgeglichene Vermögensbilanz mit dem Ausland.

Mehr noch: Der Überschuss in der Leistungsbilanz beträgt derzeit 47 Mrd. Euro im Jahr oder 2,7% des Bruttoinlandsprodukts. Wenn alles so weiterläuft, könnte Italien bis zum Ende des Jahrzehnts zu einem Nettogläubiger für den Rest der Welt werden – dem Ausland also mehr leihen als schulden. Dagegen hat Frankreich Nettoschulden von 20% seines Bruttoinlandsprodukts und Spanien sogar 80%. Sicherlich erreichen Italiens Staatsschulden weiterhin historische Höchststände. Doch die Gesamtschulden in der Wirtschaft einschließlich der Schulden von Unternehmen und privaten Haushalten liegen mit 246% vom Bruttoinlandsprodukt deutlich unter denen in Spanien (261%), Frankreich (287%) und den Niederlanden (284%).

Der Bankensektor kommt langsam wieder auf die Beine, nachdem er jahrelang unter dem Gewicht fauler Kredite strauchelte, die in zwei aufeinanderfolgenden Konjunkturkrisen entstanden waren. Die Kreditausfälle sind im Jahr 2017 um etwa 25% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen – auch weil italienische Banken viele fragwürdige Kredite an eine wachsende Zahl internationaler Spezialfonds verkaufen, die in Mailand ihre Türen öffnen. Italiens vorige Regierung setzte etwa 20 Mrd. Euro staatliche Hilfen ein, um einige der besonders durchgeschüttelten Geldhäuser zu retten, besonders Monte dei Paschi di Siena, und um zwei mittelgroße Banken aus dem Veneto zu liquidieren.

20 Mrd. Euro Steuergeld – das waren nur ungefähr 1,2% des Bruttoinlandsprodukts. Verglichen mit den Interventionen anderer EU-Länder auf die Finanzkrise war das wenig. Nach Daten des Internationalen Währungsfonds erhöhten staatliche Hilfen für Banken die Schuldenquote um 40% in Irland, 19% in Griechenland, 7% in Spanien, 12% in Deutschland und auf Zypern und fast 15% in den Niederlanden. Was sich in Italien wie eine erdbebenartige Bankenkrise anfühlte, wirkt sofort ganz klein, wenn man sich anschaut, wie viel Kapital andere europäische Länder für ihre Rettungsmaßnahmen ausgeben mussten. Zentrales aktuelles Problem: Seit dem Regierungswechsel gibt es eine schleichende Kapitalflucht.

Die italienische Notenbank schuldet dem Euro-System im internen Zahlungsverkehr noch 465 Mrd. Euro. Dieser sogenannte Target-Saldo (siehe Abb. 5) taucht in den offiziellen Schuldenstatistiken gar nicht auf. Vor allem die Bundesbank müsste hohe Abschreibungen vornehmen, würde Italien die Währungsunion verlassen. Die Summe von 465 Mrd. Euro könnte weiter steigen, sollten Italiener*innen aus Angst vor dem Euro-Austritt oder einer Bankenkrise ihr Geld außer Landes bringen. Target2 bildet die Zahlungsströme aller 19 Eurostaaten ab. Im Notenbanksystem mit der EZB im Zentrum entsteht so ein Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten. Weil Deutschland mehr exportiert als importiert, sitzt die Bundesbank auf Target-Forderungen von fast einer Bio. Euro. Der aufgrund der Kapitalflucht aus Italien zuletzt gestiegene Betrag ist unproblematisch, solange die Eurozone zusammenbleibt. Italienische Bürger*innen und Unternehmen haben in den turbulenten Zeiten um die Bildung einer neuen Regierung und den deutlich eurokritischen Tönen ihr Vertrauen in die politische Führung abgebaut. Sie beschlossen, Geld und Vermögen ins Euro-Ausland zu transferieren. Nach Medieninformationen floss Ende Mai täglich rund eine Mrd. Euro von italienischen Konten ins Ausland ab. Es ist eine nachvollziehbare Entscheidung, wenn italienische Bürger*innen und Unternehmen ihr Geld auf Bankkonten in sichereren Euro-Staaten überweisen. Ein Euro-Austritt Italiens ist zwar derzeit nicht absehbar, doch schon die Debatte über die Einführung einer Parallelwährung ist Anlass genug, sich Sorgen um das eigene Vermögen zu machen. Und Italien ist nicht das einzige Land, das Schulden im Euro-System hat, auch Spanien hat Target-Verbindlichkeiten in Höhe von rund 380 Mrd. Euro.

Um das Gesamtrisiko Italiens zu bestimmen, muss man zu den Staatschulden noch die Verbindlichkeiten der Zentralbank

(Target2-Salden) hinzufügen. Das Verhältnis der öffentlichen Schulden zum BIP (Abb. 6) wird durch den negativen Target2-Saldo (Abb. 7) um ca. 26% gesteigert. Diese Schulden müssen entweder zurückgezahlt oder umstrukturiert werden.

Sind die Finanzmärkte besänftigt?

Die neue Regierung trifft also auf eine Wirtschaft, die nach längerer Stagnation wieder an Dynamik gewinnt, zugleich durch 2.300 Mrd. Euro öffentliche Schulden belastet ist und immer noch einen sanierungsbedürftigen Bankensektor aufweist.

Seit dem Wahlsieg von Cinque Stelle und Lega in Italien sind die Anleger auf den Finanzmärkten nervöser geworden, was die Zukunft des Euro anbelangt. Untrügliches Zeichen dafür ist, dass die Rendite der italienischen Staatsanleihen gestiegen ist. Die Anleger verlangen für italienische Papiere einen Risikoaufschlag. Im Rahmen der politischen Unsicherheit wurde zwischenzeitlich ein Aufschlag von über 300 Basispunkten gegenüber Bundesanleihen erreicht. Nach der Regierungsbildung von Anfang Juni ist zwar eine gewisse Beruhigung eingetreten, die Risikoaufschläge bleiben aber erhöht.

Trotzdem signalisieren erhöhte Risikoaufschläge (Abb. 8) und ein höherer Traget2-Saldo eine leichte Unruhe, aber keine panikartige Sorge, dass Italien bald aus dem Euro austreten könnte. Kurzfristig ist dieses Szenario einer Zerrüttung zwischen Rom und Brüssel eher unwahrscheinlich. Natürlich wird die neue italienische Regierung nicht offen oder direkt auf einen Austritt aus dem Euro hinarbeiten. Selbst die momentane Koalition, in der die Gegner des Euro stark vertreten sind, wird sich hüten, die Mitgliedschaft in der Währungsunion explizit infrage zu stellen. Wenn Länder ein Währungssystem verlassen, tun sie es immer, weil ihnen keine andere Wahl mehr bleibt. Die italienische Wirtschaft wächst (endlich), das Budgetdefizit ist (noch) unter Kontrolle, die Leistungsbilanz ist leicht positiv, und die Europäische Zentralbank (EBZ) steht Gewehr bei Fuß, um einen Absturz der italienischen Staatsanleihen zu verhindern.

Schon jetzt ist die europäische Notenbank ein zentraler Stabilitätsfaktor für das italienische Finanz- und Bankensystem. Die EZB übernimmt in der letzten Zeit den Löwenanteil der italienischen Staatsanleihen (Abb. 9).

Es gibt noch einen weiteren Aspekt, weshalb die neue politische Gangart Italien nicht schnell an den Rand der Zahlungsunfähigkeit führen wird, zu Kapitalverkehrskontrollen oder gar zum Austritt aus der Währungsunion. Der tendenzielle Anstieg der Zinsen infolge der Veränderung der Politik der Notenbanken und der Risikoaufschlag wirken sich nur wenig aus, wenn man die gesamten Kosten berücksichtigt. In den vergangenen Jahren sind die Zinsen so kräftig gesunken, dass die Finanzierungskosten immer noch niedriger liegen als früher – selbst dann, wenn die Zinsen steigen.

Italien muss jedes Jahr rund 250 Mrd. Euro am Kapitalmarkt aufnehmen, auch weil ausstehende Anleihen fällig werden und Rom neue Schulden aufnimmt, um die Papiere zurückzuzahlen. Steigen die Marktzinsen, zahlt der Staat mehr. Auf dem Höhepunkt der Euroschuldenkrise 2012 zahlte der italienische Staat einen Durchschnittszins von 4,38% auf seine Schulden, gegenwärtig sind es 2,8% (Abb. 10). Die Mehrzahl der Coupons ausstehender Papiere, die Rom regelmäßig bedienen muss, liegt weit über den aktuellen Marktzinsen. Selbst wenn die Zinsen weiter steigen, verteuert sich der Schuldendienst nur sehr langsam.

Abb. 8: Rendite italienischer Staatsanleihen

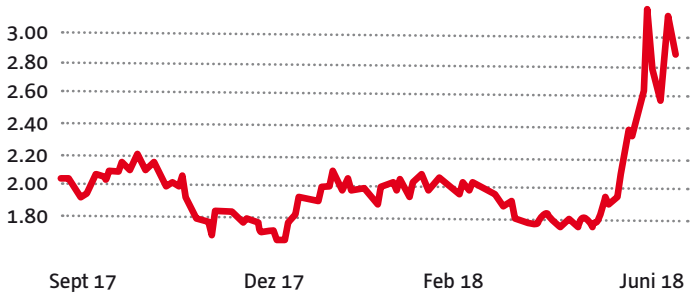
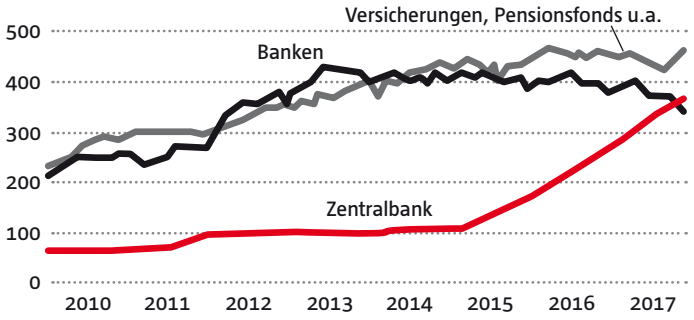
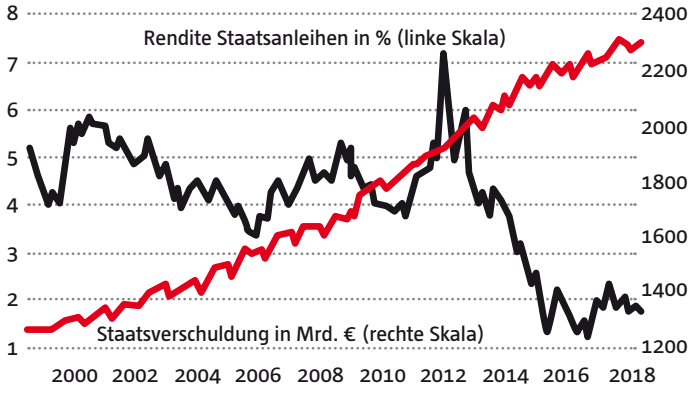


Abb. 9: Inhaber italienischer Staatsschulden
in €bn



Quelle: Jefferies/Financial Times

Abb. 10: Schulden und Zinsen in Italien



Auch die Gläubigerstruktur hat sich entschärft (Abb. 11). Der Anteil ausländischer Banken, Hedgefonds und Kleininvestoren hat markant abgenommen. 2008 war die Hälfte der italienischen Schuldtitel in den Hände von Anlegern im Ausland. Heute ist es nur etwas mehr als ein Drittel. Plötzliche Verkaufswellen wie jene von 2011-2012, als die Gläubiger aus dem Ausland gleich scharenweise abzogen, sind somit weniger riskant.

Die hohe Staatsverschuldung bleibt in Verbindung mit der neuen rechtspopulistischen Regierung und einer schleichenden Kapitalflucht eine tickende Zeitbombe (Abb. 12). Solange allerdings die Konjunktur der Globalökonomie nur geringfügig schwächelt, wie aktuell, droht kein Liquiditätsengpass bei der Erneuerung der öffentlichen Schulden, keine galoppierende Ka-

Abb. 11: Wer Italiens Staatsschulden hält

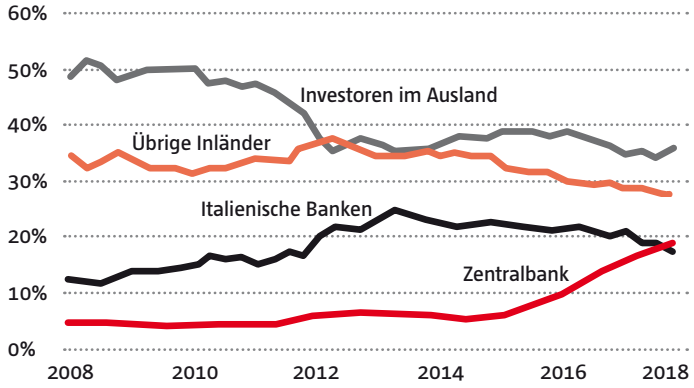
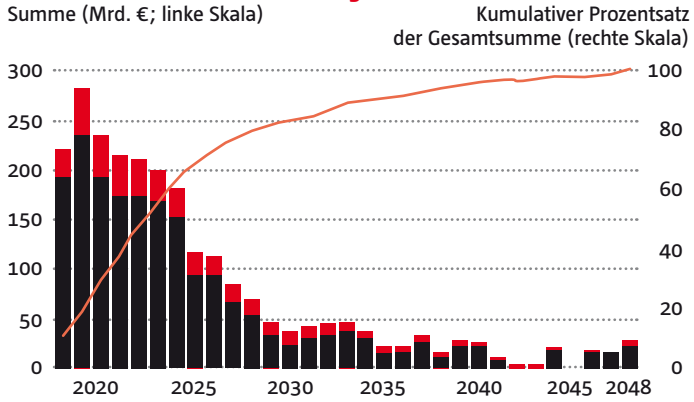


Abb. 12: Die Hälfte der italienischen Schulden wird innerhalb von fünf Jahren fällig



pitalflucht und keine Insolvenz des Staates und damit keine Euroschuldenkrise. Höhere Zinsen in Verbindung mit hohen Steuern und Abgaben könnten allerdings die Konjunktur abwürgen und das Land auch unabhängig von der Globalökonomie in die nächste Rezession treiben.

Die wirtschaftspolitische Überlegungen der neuen Regierung machen durchaus Sinn: Die neue Sozialhilfe in Kombination mit Arbeitsmarktpolitik kann zu einer – zeitweiligen – Verbesserung gegenüber den derzeitigen regressiven Sozialleistungen Italiens führen und die Binnennachfrage stärken, ähnlich wie die Modifikation der sogenannten Rentenreformen. Die Flat Tax der Lega zielt auf eine Einkommenssteuersenkung, die in der aktuellen Konstellation durchaus vorübergehende Effekte in der Stabilisierung der Konjunktur hätte. Eine linke Reformkonzeption würde bei der Steuerhinterziehung und dem Steuervollzug sowie den öffentlichen Investitionen ansetzen, aber für eine linke Reformpolitik gibt es nur schwache Akteure und gewiss keine Mehrheiten. Entscheidend für die »Zeitbombe« bleibt der Spielraum im Rahmen der Fiskalregelungen. Und: Kann Italien den Schuldendienst unter den verschärften Bedingungen aufrechterhalten und unter diesen restriktiven Bedingungen eine Expansion der Investitionen auslösen?

Gibt es eine Alternative?

Das italienische Wirtschaftswachstum gehört zu den schwächsten in der Euro-Zone. Pro Kopf betrachtet ist Italiens Wirtschaft über die vergangenen drei Jahre hinweg allerdings um insgesamt 3,6% gewachsen, und damit nur wenig langsamer als die deutsche (3,8%) und etwas schneller als die französische Ökonomie (2,8%).

Dennoch: Die Wirtschaft stagniert seit 20 Jahren und die Produktivitätsentwicklung wirft die Gesellschaft immer mehr zurück. Diese strukturellen Probleme haben u.a. auch damit zu tun, dass das alte Instrument der Abwertung wegen der gemeinsamen Währung nicht mehr zur Verfügung steht. Italien steckt mithin in einer Sackgasse: Aktuell sind die europäische Konjunkturentwicklung, die EZB und der Euro ein Stabilitätsrahmen. Solange Italien seine internen Probleme – öffentliche Infrastruktur, Bildungsreform, kohärente Entwicklung der Regionen, effizienterer Staatssektor – nicht voranbringt, bleiben die Wettbewerbsfähigkeit und der Euro für das Land enorme Herausforderungen. Sie verschärfen die strukturellen Probleme.

Dem Land fehlt es dabei nicht an Ausgabendisziplin. Es braucht auch kein Sparprogramm, weil es ein ums andere Mal einen der höchsten Budgetüberschüsse erzielt, die es in der EU im vergangenen Vierteljahrhundert gegeben hat – sofern man die Zinszahlungen außen vor lässt. Italiens öffentliche Verschuldung überschreitet gerade den Höchststand, wenn es finanziell weitergeht wie bisher. Das Land könnte sie nun nach und nach verringern. Es wäre aber ebenso falsch, zu behaupten, wie die neue Regierung es tut, dass Italien eine großzügigere Ausgabenpolitik braucht. In der Tat hat die EU-Kommission der vorigen Mitte-Links-Regierung schon mehr Ausgaben erlaubt, als es die Euro-Regeln vorsahen. Es wäre allerdings mit Blick auf die Erfolge im Exportsektor auch schwer zu behaupten, dass dem Land insgesamt die Wettbewerbsfähigkeit fehlt.

Gegenwärtig kann das Land sich nicht alleine aus eigenen Kräften aus der gesellschaftlichen Sackgasse herauswinden. Die einzige Option, die bleibt, um gesellschaftliche Reformen und zugleich eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen, heißt Löhne senken und die Binnenkaufkraft reduzieren. Dieser Weg ist Wahnsinn. Er führt zu einem weiteren Anstieg und der Radikalisierung des rechten Populismus. Eine Alternative wäre: Italien behält die großzügige Interpretation der Fiskalregeln. Die wirtschaftlich stärkeren Ökonomien, darunter Deutschland, stellen im Rahmen eines Eurozonenhaushaltes Ressourcen und Mittel für eine Investitionsoffensive zur Verfügung. Es könnten auch Anreize geschaffen werden, um mehr in Qualifikation und in neue Technologie zu investieren. Das kann die vorhandenen Ansätze verstärken. Die EU könnte also die neue Regierung Italiens unterstützen, damit sie ihr Versprechen des Wandels zum Besseren einlösen kann. Leider sieht es bisher nicht danach aus. Die Fünf-Sterne-Bewegung und die Lega wollen offenkundig die rechtspopulistische Politik Donald Trumps nachmachen: Der US-Präsident gewann die Wahl mit den Stimmen der Armen und verteilte dann über Steuersenkungen viel Geld an die Reichen. Das verstärkt die soziale Ungleichheit und wird weder für Italien noch für die anderen Eurozonenmitglieder zu einem Ausweg führen.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Weltküche ❒ Müller ❒ Hoff

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Weltküche ❒ Müller ❒ Hoff

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de